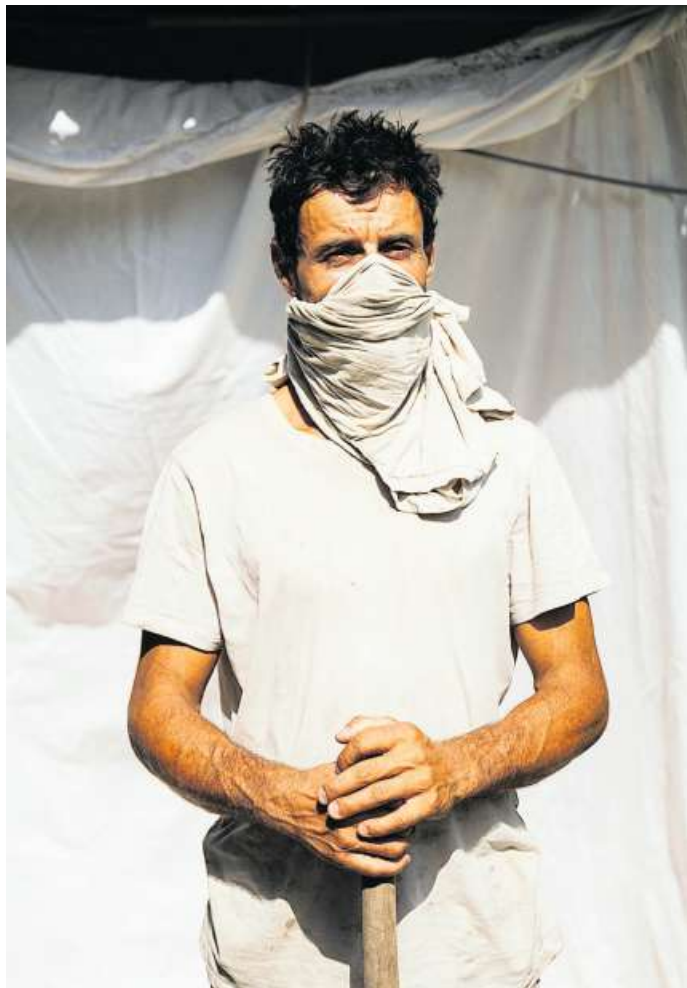


Die wilden Feuerwehrleute von Sizilien

Eben sind in Süditalien wieder Brände ausgebrochen. Weil auf den Staat wenig Verlass ist, kämpfen vielerorts Bürgerwehren mit selbst gebasteltem Werkzeug gegen die Flammen. Von Anna Dotti (Text), Roselena Ramistella (Bilder)



Ein altes Tuch als Rauchschutz.



Ein Wasserrucksack mit Spritzpistole soll das Feuer eindämmen.



Eine Art Wischmopp hilft, den Brand zu erstickern.

Rauch steigt auf gegen den blauen Himmel. Das trockene Gras am Rand einer Landstrasse zwischen Syrakus und Ragusa steht in Flammen. Zwischen den mannshohen Stauden arbeiten zwei Männer. Das Feuer um sie herum breitet sich auf dem unbebauten Gelände schnell aus, angefacht vom Wind.

Keine feuerfeste Ausrüstung; nur Jeans, lang-ärmelige Hemden, Atemschutzmasken, Sonnenbrillen und Hüte – das ist der einzige Schutz, den die Männer gegen den noch überschaubaren Buschbrand tragen. Einer schlägt mit einer Art selbstgebastetem Wischmopp auf das brennende Unkraut ein. Der andere trägt einen Rucksack mit einem Wassertank auf den Schultern und spritzt in die Flammen. Der Mann mit dem Wassertank heisst Romero Leone. Er ist vierzig Jahre alt, Vater von drei Kindern, Bauer. Und illegal tätiger Feuerwehrmann in Sizilien.

Die Insel steht wieder in Flammen. Feuer fressen sich durch Wälder, Felder, Hügel. Eine Naturkatastrophe, die die Existenz der Menschen auf der Insel bedroht. Der italienische Staat reagiert zu langsam, besonders in diesen abgelegeneren Regionen. Die Infrastruktur für den Brandschutz und das Löschen der Feuer ist mangelhaft, Feuerwehren sind unterbesetzt.

Keiner, der löschen kommt

Gemeinsam mit Nachbarn und Freunden hat Romero Leone deshalb die Bürgerbewegung MAI gegründet. MAI steht für Movimento Antincendio Ibleo, die Bewegung zur Brandbekämpfung in der Region Ibleo. Leone und seine Mitstreiter kämpfen gegen die Verwüstung, für ihre eigene Sicherheit, für eine Zukunft für ihre Heimat in den Monti Iblei. Sie fahren zu Bränden, die sonst niemand lösch.

Nach etwa einer Dreiviertelstunde haben die beiden Männer das Feuer an der Landstrasse bezwungen. «Wir machen immer nur das Mögliche», sagt Leone. Retten können sie brennende Bäume oft nicht, dafür haben sie zu wenig Wasser und zu wenig Wasserdruck. Sie ziehen die Masken vom Gesicht und stecken die Handschuhe in die Hosentaschen. Kaum haben sie etwas Wasser getrunken, müssen sie auch schon

wieder weiter zum nächsten Brand. Mitglieder der Bürgerbewegung MAI haben ihn gemeldet. Also fahren sie zum nächsten Feuer und löschen es. Als der dritte Anruf an diesem Tag kommt, muss Leone passen. Seine eigentliche Arbeit ruft, seine Plantagen und die Familie. Leone und die anderen Männer löschen ehrenamtlich, Tag für Tag. Es ist notwendig, obschon sie sich damit strafbar machen.

In Italien können die Feuerwehr oder Forstbehörden zwar auf freiwillige Helfer zurückgreifen. Diese müssen aber offiziell ausgebildet und anerkannt sein. Das sind die Aktivisten der Bewegung MAI nicht. Werden sie bei einem Brand von der Feuerwehr entdeckt, droht ihnen eine bis zu dreimonatige Haftstrafe. Falls sie beschuldigt werden, die offiziellen Löschaktionen zu behindern, kann eine mehrjährige Haftstrafe die Folge sein. Trotzdem will Leone nicht Teil des offiziellen Systems sein. Aus Protest.

48,8 Grad Höchsttemperatur wurden im August 2021 auf Sizilien gemessen – ein europäischer Hitzerekord. Die bisherige Rekordtemperatur in diesem Jahr liegt knapp darunter, bei 45,7 Grad, sie wurde diese Woche erreicht. «Caldo killer», «Killer-Hitze», nennt man sie in Italien. Hitze, Trockenheit und starke Winde führen dazu, dass sich die Feuer schnell ausbreiten. Laut dem European Forest Fire Information System (EFFIS) sind in Italien im Jahr 2024 über 500 Quadratkilometer abgebrannt. Das entspricht etwa der Fläche des Bodensees. Sizilien ist die am stärksten betroffene Region. Auch dieses Jahr brennt es am untersten Zipfel Italiens fast täglich. Im Juli wurden auf der Insel an einem Tag bis zu achtzig Brandherde gleichzeitig gemeldet. Die Aktivisten von MAI kritisieren die Reaktion der Behörden als unzureichend.

Etwa 2000 Feuerwehrleute gibt es derzeit auf der Insel mit gut 4,7 Millionen Einwohnern. Sie arbeiten vor allem in Städten, in bewohnten Gebieten. Für die Brandsaison zwischen Juni und September würden zwar zusätzliche Kräfte eingestellt, aber viel zu wenige, sagen Leone und seine Kollegen. In diesem Jahr waren es nur 85. Bei der Forstbehörde, die zuständig ist, wenn es ausserhalb der Städte brennt, sieht die Lage noch prekärer aus. Dort wurden seit den 1990er Jahren keine neuen Mitarbeitenden mehr eingestellt. Etwa die Hälfte der Belegschaft steht kurz vor der

Rente. Brände in der Sommerhitze zu löschen, ist körperlich anstrengend und keine geeignete Tätigkeit vor der Pensionierung. Die 46 im Jahr 2021 vor der Regionalwahl neu ausgeschriebenen Stellen wurden nach der Wahl wieder gestrichen.

Dass Feuerwehr und Forstbehörde unterbesetzt seien, sei aber nicht das einzige Problem, sagt Leone. Die institutionellen Kräfte löschen Brände nur mit Tankwagen. Doch diese können viele Täler, Wälder und schwieriges Gelände gar nicht erreichen. Zwar setzt die Forstbehörde dann in einigen Fällen Flugzeuge ein, um Löschwasser auf die Brände abzuwerfen. Allerdings gibt es nur achtzehn solcher Flugzeuge. Und die sind von den Alpen bis nach Sizilien im Einsatz.

Ein paar Tage später zirpen die Zikaden auf dem Bauernhof von Romero Leones Familie. Von seinem Haus aus blickt man in ein weites Tal bis nach Avola, einer kleinen Stadt unten am Meer.

Hier oben, in Avola Antica, riecht die Luft nach Pinien. Viele Hektaren Oliven- und Johannisbrodbaum-Plantagen umgeben Leones Hof.

Der Bauer steht auf einem Schotterweg, schreibt mit dem rechten Arm einen Halbkreis ins Tal und sagt: «Hier war alles verbrannt.» Das war 2020. Um die Plantagen und den Hof zu schützen, stiegen Leone, seine Brüder und einige Nachbarn auf die Hügel, um das Feuer zu blockieren. «Neun Stunden, bis es ganz gelöscht war», sagt er. «Damals haben wir verstanden, dass wir zusammen etwas verändern können. Nicht mehr passiv zuschauen, sondern dem Problem aktiv entgegenzutreten.»

«Wir haben uns bewusst dafür entschieden, illegal zu handeln», sagt er. Wären sie Teil des offiziellen Systems, hätten sie damals, als ihr Grundstück in Flammen stand, den Anweisungen der Feuerwehr oder der Forstbehörde folgen müssen.



Die improvisierte Feuerwehr muss oft zu mehreren Brandherden täglich, um das Schlimmste zu verhindern.

Das heisst: bei den Tankwagen bleiben und auf die Flugzeuge warten. Hielten sie sich daran, könnten sie auch heute nicht mehr dort löschen, wo die Brände am häufigsten sind, also genau dort, wo die institutionellen Kräfte nicht hinkommen.

«Wilde Feuerwehr», so bezeichneten Leone und seine Mitstreiter sich selbst scherzhaft, sagt er. Weil sie ausserhalb des offiziellen Systems stehen, weil sie auf dem Land aufgewachsen sind – und ein bisschen wie Ziegen auf den Hügeln herumklettern. Leone und seine Mitstreiter wünschten sich auch von der Forstbehörde und der Feuerwehr, dass sie endlich von ihren Tankwagen wegwägen und – so wie sie – direkt auf die Feuer zugehen, um sie zu erstickern und mit Wassertanks zu löschen.

Mehr Helfer nötig

Wenn ein unbebautes Tal verbrennt, rückt die Verwüstung der Insel näher. Und wenn Plantagen verbrennen, ist die Existenzgrundlage der Menschen zerstört. Beides zu verhindern, sei Aufgabe des Staates, sagt Leone: «Warum schützt er uns nicht?» Schon jetzt leidet Sizilien unter dem Wegzug seiner Bewohner.

Sollte Leone nicht Politiker auf die Probleme hinweisen, damit mehr Geld in den Brandschutz fliesst? Selber politischen Druck durch Lobbying zu erzeugen, ist nicht sein Stil. Er packt lieber an, engagiert sich von unten. «Zu einer Verwaltung, die sich nicht um die Umwelt und um die eigenen Bürger schert, will ich nicht gehören», sagt Leone.

Noch am selben Abend treffen sich etwa zwanzig Personen auf einem Campingplatz. Sie haben sich verabredet, um die derzeitige Lage zu besprechen und auf die Ausrüstung zu warten.

Es sind Männer und Frauen zwischen dreissig und fünfzig Jahren. Viele arbeiten im Tourismus, als Gastwirte oder sind wie Leone Landwirte. Sie alle waren schon von den Bränden betroffen: Sie wissen, in abgeackelten, verwüsteten Gebieten wachsen keine Pflanzen, und es kommen keine Touristen in die Ferien.

Unter Pinien überprüfen einige Männer und Frauen die Wasserrucksäcke, wechseln Schrauben und ölen die Metallteile der Spritzpistolen. Andere stellen neue feuerfeste Wischmopps her, indem sie aus Sicherheitsgurten Bänder schneiden und sie an alten Holztielen befestigen. Es herrscht für einige Zeit ein fröhliches Gemimmel. Danach versammelt sich die Gruppe im Kreis auf Heuballen, und es wird ernster. Wie soll es weitergehen, wenn in den nächsten drei Jahren die Hälfte der Forstarbeiter auf der Insel in Rente geht? Dann werden noch weniger Leute anpacken. Einige wollen deshalb für die MAI-Bewegung auf Instagram werben: Sie brauche weitere Mitstreiter. Bis jetzt zählt ihr Netzwerk über dreihundert Mitglieder.

Die Brandbekämpfer diskutieren fast drei Stunden lang. Sie suchen nicht nach grossen Lösungen, sondern nach kleinen, praktischen Ansätzen. So debattiert man über die Idee, die Pools in der Gegend mit mobilen Leitungen und Schläuchen auszustatten, um das Wasser im Brandfall nutzen zu können.

Darin liegt vielleicht die Stärke dieser kleinen Gemeinschaft. Sie wartet nicht auf die Wassertankwagen, die nie kommen werden. Sie handelt dort, wo sie kann.



So verbeugt man sich korrekt. Ob das Ausländer auch so hinkommen?

Ich, höflich verachtet

In Japan liegt der Ausländeranteil bei nur drei Prozent. Trotzdem haben fremdenfeindliche Parteien stark zugelegt. Meine Erfahrung mit der japanischen Xenophobie. Von Felix Lill

Sie essen aber gut mit Stäbchen!» Als ich diesen Satz zum ersten Mal hörte, war ich gerade nach Japan gezogen. Es war das Jahr 2012, und den Umgang mit Stäbchen kannte ich bis dahin nur von asiatischen Restaurants europäischer Städte, wo zur Not immer auch eine Gabel gereicht worden war. Ich müsste also ziemlich ungeschickt aussehen haben, als ich nun die Hölzer an die Ramennudeln kniff, damit sie nicht wieder zurück in die Schüssel fielen und mich vollkleckerten.

Aber der japanische Kommilitone, mit dem ich kurz nach Semesterbeginn an meiner neuen Uni in einem Schnellrestaurant ass, schien es ernst zu meinen. «Das kannst du schon besser als einige Japaner!», behauptete er, sobald ich mal eine Nudel hob. Und als ich «arigato» entgegnete, das Wort für Danke, kriegte er sich nicht mehr ein: «Eh! Dein Japanisch ist super!», rief er. Dabei wusste ich ausser «arigato» kein Wort.

Kultur ist nicht lernbar

Auch nach Jahren in Japan wurden mir immer wieder solche Billigkomplimente gemacht. Mit der Zeit fragte ich mich: Für wie blöd halten die mich, wenn ich schon bei den simpelsten Floskeln für mein Japanisch und bei den einfachsten Griffen für das Essen mit Stäbchen gelobt werde? Und: Würde ich in Europa eine Japanerin loben, die mit Messer und Gabel umgehen kann?

In Japan ist diese Sonderbehandlung für Fremde wohl die auffälligste Art, Menschen aus dem Ausland ihren Platz zu zeigen. Einige empfinden sie als positive Diskriminierung, andere als Rassismus. «Wir denken, dass unsere Kultur unmöglich zu erlernen ist», erklärte mir ein japanischer Freund. Billiges Loben funktioniert subtil und freundlich, hat aber eine klare Botschaft: «Sie machen das ja ganz gut hier, aber dazugehören werden Sie trotzdem nie.»

Seit bei den Wahlen am 21. Juli zwei ausländerfeindliche Parteien die grössten Zuwächse verbuchen konnten, zeigt sich eine neue Seite japanischer Fremdenfeindlichkeit: kalte Ablehnung. Die neuen politischen Stimmen fordern im Wahlkampf, dass Ausländer nicht mehr Immobilien kaufen dürfen oder von Sozialleistungen ausgeschlossen werden. Sie warfen ihnen zudem vor, kriminell zu sein.

Auch die konservative Liberaldemokratische Partei (LDP), die seit Jahren den Ministerpräsidenten stellt, stimmte in diesen Diskurs ein. Der Regierungschef Shigeru Ishiba versprach «Null illegale Einwanderung» und führte eine neue Be-

hörde ein, die sich fortan mit Ausländerfragen beschäftigen soll. Jetzt gebe es eine Null-Toleranz-Politik.

Null Toleranz gegen was? Ausländer fallen nämlich nicht durch Kriminalität auf. Vielleicht reden sie lauter als die Einheimischen oder nerven in U-Bahnen oder auf Schreingeländen, weil sie die Regeln der feinen Zurückhaltung nicht kennen.

Hinzu kommt, dass die in Japan lebenden Ausländer nur drei Prozent ausmachen. Wenn das

alternde und schrumpfende Japan weiter Wirtschaftswachstum will, wird es viel mehr Immigranten brauchen.

Die kalte Ablehnung, die aus dem Wahlergebnis spricht, gab es in Japan schon immer. Eine Mini-Umfrage unter Freunden mit ausländischen Pässen im Land hat das schnell bestätigt. Ein dänischer Freund erzählt mir, wie er ohne Grund von Polizisten angehalten und über Visumstatus, Arbeitsplatz und Adresse ausgefragt wurde. Ein queerer Freund berichtet, dass er als Ausländer oft nicht in Schwulen-Bars gelassen werde.

Noch vor einigen Jahren war der Satz «Japanese only» an den Türen von Lokalen nicht selten zu lesen. Heute wird daraus öfter mal ein «Members only»-Prinzip – bei dem sich der Lokaltreiber seine Mitglieder einfach selbst aussuchen kann. Ein allgemeines Antidiskriminierungsgesetz gibt es in Japan nicht.

Plötzlich ist das Café leer

Eine japanische Freundin berichtete mir, dass sie ihren Freund – einen Mann mit dunkler Hautfarbe – nun verlassen würde. Denn sie wolle ein Kind, mit einem Schwarzen gehe das aber nicht, weil das Kind dann nur Probleme hätte.

Als Mensch, der durch viele japanische Augen nicht wie ein Japaner aussieht, wird man öfter einfach gemieden. Unzählige Male habe ich es erlebt, wie ich in öffentlichen Bädern wie Sento oder Onsen ins Becken stieg und sehr kurze Zeit später niemand sonst mehr im Wasser war – obwohl ich jede der Baderegeln beachtet hatte. In der Pandemie – als das Gerücht umging, Ausländer hätten häufiger Covid-19 – erlebte ich ein ähnliches Phänomen in Cafés.

Als weisser Mann werde ich dabei tendenziell mit mehr Respekt behandelt als jemand mit dunkler Haut. «Auf Chinesen und Südasiaten schauen wir eher herab», sagte mir eine Diplomatieberaterin vor kurzem mit Bedauern in der Stimme. Das mag auch daran liegen, dass die japanische Gesellschaft soziale Anerkennung stark an den Job koppelt. Und während die im Land lebenden Südasiaten oft auf Baustellen und in Supermärkten arbeiten, findet man Europäer eher in Banktürmen.

Billiges Loben funktioniert subtil, die Botschaft ist: Dazugehören werden Sie nie.

Bestimmt aber liegt es auch an der Geschichte des Landes. Als sich Japan ab den 1860er Jahren nach einer zweieinhalb Jahrhunderte währenden Abschottungsdoktrin wieder der Welt öffnete, schickte die Regierung ihre vermeintlich hellsten Köpfe nach Europa, damit die sich dort von den Kolonialmächten die besten Konzepte abgucken würden. Mit dem neuen Wissen wurde Japan wenige Jahre später selbst Kolonialmacht, unterjochte Teile Chinas, Taiwan, Korea und einen Grossteil Südasiens. In jener Ära gingen Internationalisierung und Rassismus Hand in Hand.

Heute ist es ähnlich: Inmitten des Arbeitskräftemangels begann sich Japan vor rund zehn Jahren erneut zu öffnen für Arbeitsmigration und Tourismus. Während über Jahrzehnte das Ideal der Homogenität gegolten hat, sich also alle im Land eher strengen Normen unterordnen sollten, um für soziale Harmonie zu sorgen, propagierte die Regierung zuletzt: Diversität.

Als Tokio im Jahr 2021 die Olympischen Spiele organisierte, prangte überall in der Stadt das Motto «Unity in Diversity», Einheit in Vielfalt. So verschwanden auch die «Japanese only»-Schilder von den Lokalen. Was viele im Land verinnerlicht haben, geht einigen zu schnell: dieser rasante Wandel von einer über Jahrzehnte eher verschlossenen zu einer bunteren Gesellschaft.

Vor ein paar Wochen schickte mir ein japanischer Freund ein Video eines Komikers, der einen Nachrichtensprecher spielte: «Die Regierung hat beschlossen, dass es jetzt verboten ist, Ausländer für ihren geschickten Umgang mit Stäbchen zu loben! Erste Menschen sind schon verhaftet worden!» Das Video war online beliebt. Nicht wenige in Japan werden sich denken: Wenn man kein billiges Lob mehr verteilen soll – wie kann man die Ausländer denn dann in ihre Schranken weisen?